

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Ebeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff: Tagesblatt Rieser.
Verzehr Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Reichen.

Postfachkonto: Dresden 1889
Groschasse Rieser Nr. 52.

Nr. 166.

Freitag, 18. Juli 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 R. 50 Pf. durch Post, 2 R. 25 Pf. durch Bote. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabejahres sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. W. A. Lehmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Die Konferenzarbeiten in London.

Die ersten Erfolge der Londoner Konferenz. (Von unserem Berliner Vertreter.)

Die ersten Verhandlungen der Londoner Konferenz sind überraschend glatt verlaufen, sodass die wesentlichen Voraussetzungen der politischen Krise keine Behinderung finden dürften. Insbesondere hat der amerikanische Vertreter Kellogg eine Haltung eingenommen, die zu einer wesentlichen Erleichterung der Beschlüsse führen dürfte. Amerika wendet nichts gegen die Einweisung eines amerikanischen Delegierten zur Reparationskommission ein und will sich an der Festlegung etwaiger deutscher Verlehnungen durch die Reparationskommission beteiligen. In den Berliner Kreisgesprächen ist man über die Stellungnahme des amerikanischen Delegierten übereinstimmend, und man glaubt, daß die amerikanischen Angelegenheiten zunächst den Zweck haben werden, die alliierten Regierungen zu einer reibungslosen Erledigung des Gutachtens zu ermutigen.

Macdonald hat in seiner Begrüßungsrede Wert darauf gelegt, zu betonen, daß die von Frankreich erwünschten Verhandlungen über die Sicherheitsfrage und über das Problem der internationalen Schulden erst nach erfolgtem Inkrafttreten des Sachverständigengutachtens in Fluß kommen könnten. Die Konferenz werde nur dann Erfolge haben, wenn sie die beiden Aufgaben, die deutsche Wirtschaftseinheit wieder herzustellen und den künftigen Gläubigern Deutschlands die notwendigen politischen und wirtschaftlichen Garantien zu geben, zu lösen verstehe. Diese Warnung Macdonalds hat ihre Wirkung auf den französischen Delegierten nicht verfehlt. Der französische Sachverständige Sebouze besaß sich zu erklären, daß Frankreich damit einverstanden sei, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands so rasch als irgend möglich herzustellen. Die Bedingungen hinsichtlich des Inkrafttretens des Gutachtens scheinen sich im übrigen wenig verändert zu haben. Die einzige Veränderung, die für die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes nachteilig ist, ist die kniffligste Vermutung des neuen Sachverständigengutachtens. Zunächst einmal soll die Frage der Anleihe an Deutschland schleunigst geklärt werden, da hiervon die Neuorganisation der wirtschaftlichen Verhältnisse an Frankreich abhängt.

Die Rede, die der amerikanische Botschafter Kellogg auf der Konferenz gehalten hat, war in mehrfacher Hinsicht interessant. Er verlangte die sofortige und vollständige Anwendung des Sachverständigenberichts, indem er darauf hinwies, daß dies der erste Schritt auf dem Wege einer finanziellen Beteiligung Amerikas an den europäischen Problemen darstellen würde. In den Kreisen der amerikanischen Delegation ist man im übrigen der Auffassung, daß die für Deutschland aufzubringende Anleihe auf dem amerikanischen und englischen Markt sehr schnell untergebracht werden kann, da die Durchführung des Sachverständigengutachtens genügende Sicherheit gewährleisten würde. Zu der Frage der Teilnahme Deutschlands an den bevorstehenden Entscheidungen nehmen die Amerikaner den Standpunkt ein, daß das Sachverständigengutachten nur durchgesetzt werden könne, wenn die Alliierten mit Deutschland zusammenarbeiten und eine gemeinsame Grundlage für die Regelung der Reparationsverpflichtungen finden. Demnach müsse auch die deutsche Regierung zu den Verhandlungen hinzugezogen werden, damit das Funktionieren des Gutachtens besonders auf deutscher Seite reibungslos gesichert werde.

Die Londoner Konferenz kann und wird erst in ein entscheidendes Stadium eintreten können, wenn die Einladung an Deutschland erfolgt ist. Deutscherseits hat man nichts dagegen einzuwenden, wenn die Alliierten unter sich Einigkeit darüber herbeiführen wollen, auf welchem Wege sie die Garantietragen zu lösen wünschen. Auf der anderen Seite aber wird es kaum angehen, daß schon jetzt ein Plan aufgestellt wird, der sich ohne Hinzuziehung Deutschlands mit den Modalitäten der Durchführung des Gutachtens befaßt. In den alliierten Konferenzen war angekündigt worden, daß man erst Deutschlands Zustimmung auf diplomatischem Wege erreichen wolle. Nach Auffassung der Berliner Regierungskreise würde die Reichsregierung es jedoch ablehnen müssen, einen solchen Weg zu beschreiten, der immerhin Gefahr in sich birgt, daß die von Deutschland eingereichten Vorschläge einfach unter den Tisch fallen.

Man rechnet mit langer Konferenzdauer.

Paris. (Funkdruck.) Der Sonderberichterstatter des Matin meldet aus London, der allgemeine Eindruck bei den Führern der Delegation sei, daß die Konferenz viel länger dauern würde als man bis jetzt angenommen habe.

Ein Memorandum der deutschen Regierung.

Der Londoner Korrespondent des sozialdemokratischen Parlamentsdienstes teilt Einzelheiten aus dem Memorandum mit, das dem englischen Ministerpräsidenten von der Reichsregierung am Mittwoch überreicht worden sein soll. Wie uns hierzu von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat die deutsche Regierung, wie es selbstverständlich ist, Gelegenheit genommen, sowohl der englischen als auch den übrigen alliierten Regierungen ihren Standpunkt in den verschiedenen zur Diskussion stehenden Fragen auseinandersetzen. Die Mitteilungen des sozialdemokratischen Parlamentsdienstes geben aber von der Stellungnahme der Reichsregierung kein richtiges Bild.

Ein französisch-belgischer Plan zur Anleihe-Vielierung.

Paris. (Funkdruck.) Ein französisch-belgischer Plan zur Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit wird heute im 2. Konferenzausguss vorzulesen sein. Dieser

Plan sieht nach dem Echo de Paris sehr zahlreiche und ziemlich langwierige Stappen vor. Die Belgier schlagen vor, daß die Entscheidung der Reparationskommission hinsichtlich der Platzierung der Anleihe abgeändert wird. Nach ihrer Ansicht müßte es genügen, wenn die englischen, amerikanischen und auch andere Bankiers die Verpflichtung übernehmen, die Anleihe zu platzieren.

Die Eisenbahnfrage.

Paris. Der Londoner Berichterstatter des Temps meldet, es sei gestern im Laufe des Tages nicht über die Eisenbahnfrage verhandelt worden. Diese keine aber Gegenstand einer längeren Unterredung gewesen zu sein, die Perrot und Demis am Abend miteinander hatten. Der französisch-belgische Plan für die Lösung dieser Frage gebe, wie man annehme, dahin, daß die französisch-belgische Regie aufgegeben und die alliierte Kontrolle unfehlbar gehalten werde. Auf den für die Verlorung der Truppen unerlässlichen Strecken solle aber eine Anzahl Arbeiter und Techniker zurückgelassen werden, die im Falle eines deutschen Streiks oder von Unruhen einen einigermaßen regelmäßigen Dienst ausüben könnten.

Ein Entwurf von Veretti della Rocca.

London. (Funkdruck.) Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph schreibt, wenn auch gestern keine Verhandlung der Konferenz stattfand, hat Premierminister Macdonald doch bei dem von ihm angehenden Frühstück mit Perrot und Demis und anderen die Fragen eines deutschen Verzuges und die dann zu treffenden Sanktionen offen erörtert. Es haben gestern weitere französisch-belgische Vorschläge über die beiden Formeln stattgefunden, von denen die eine sich für den Fall eines künftigen Verzuges Deutschlands beziehe, während die andere, die von Veretti della Rocca ausgearbeitet und unter die Mitglieder der Konferenz verteilt worden sei, das Problem der Sanktionen behandle. Die gegenwärtige Hauptfrage ist demzufolge, welche Aufnahme diese Formeln, besonders die zweite, finden werden und ob, falls die damit verbundenen Schwierigkeiten überwunden werden, die Deutschen Anfang nächster Woche zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen werden könnten. Die Franzosen sind immer noch geneigt, den Deutschen wenig mehr zu gestatten als das Recht der Unterzeichnung und Bemerkung über gewisse Einzelheiten eventuell in künftigen Verhandlungen zuzulassen. Dies ist aber nicht die Auffassung der Engländer, auch nicht die der Amerikaner.

Aus den Kommissionssitzungen.

London. (Funkdruck.) Die für gestern angelegte Sitzung der zweiten Kommission, in der das sogenannte Sebouze-Memorandum über die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes erörtert werden sollte, wurde auf heute verschoben, einmal wegen der Notwendigkeit, den Mitgliedern dieser Kommission, die gleichzeitig der ersten oder dritten angehören, zu ermöglichen, an der Sitzung der letzteren teilzunehmen, in der hauptsächlich über, weil die zu behandelnde Frage zwischen den französischen und belgischen Wirtschafts- und Militärattachés, darunter Sebouze selbst, noch einmal besprochen wurde. Auch Sir Cyril Cross hatte mit Sebouze ebenfalls eine Besprechung. Der wichtigste Streitpunkt ist, sagte der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph, daß die Engländer ein Datum, wovon die 15. August, für die Inkraftsetzung des Gutachtens festlegen wollen, während die Franzosen in Stappen vorgehen und sich nicht an bestimmte Zeiten, sondern an bestimmte Ereignisse binden wollen. Im übrigen ist das Verlangen nach Klärung der Ruhrunternehmensfrage seit gestern zur Erörterung zugelassen worden. Man tritt dafür ein, daß es Zeit sei, von einem Kriegszustand wie ihn die Ruhrbesetzung tatsächlich bedeute, zu einem Friedenszustand, wie er im Dawesbericht gefordert wird, zu gelangen. Die Alliierten geben auch zu, daß die voraussetzlichen Anleihegeber das Recht hätten, Garantien zu fordern, damit das Haus, in dem sie Geld anlegen, nicht zerfällt werde.

London. (Funkdruck.) Nach dem „Daily Telegraph“ sind die Arbeiten des dritten Konferenzausgusses so schnell fortgeschritten, daß der Bericht heute vormittag entworfen und nachmittags der Konferenz vorgelegt werden könnte. Die Kommission hat auch beschlossen, schiefsrichterliche Entscheidungen zwischen Deutschland und dem Transferr-Ausschuß für den Fall von Differenzen vorzusehen. Es wird ferner beabsichtigt, ein großes Clearing-House einzurichten, das sich nicht nur mit direkten Zahlungen Deutschlands an die Alliierten, sondern auch mit dem Handelsverkehr und den anderen Nachfragen, zum Beispiel Rußland, befaßt soll.

London. (Funkdruck.) Über die Beratungen des ersten Konferenzausgusses berichtet der Korrespondent des Daily Telegraph, der von Veretti della Rocca unterbreitete Entwurf eines Protokolls, das in London von den alliierten Regierungen unterzeichnet werden soll und dessen beide Paragraphen den Punkt b. und c. der englisch-französischen Note vom 9. Juli enthalten, unterzeichnete sich nicht wesentlich von dem englischen Entwurf, beziffert Absatz 2 des Teiles 8 des Versailler Vertrages insofern die Hinzufügung eines amerikanischen Mitgliedes in Betracht komme. Der zweite Paragraph des französischen Textes sagt, falls von der Reparationskommission entsprechend der ihr erteilten Befugnis ein Verzug Deutschlands erklärt werde, würden die interessierten Regierungen unverzüglich miteinander beraten, um die schleunigsten und wirksamsten

Sanktionen zu verlangen. Schatzkanzler Snowden hat einen Unterschied gemacht zwischen einem möglichen Verzug, wie er im Friedensvertrag erwähnt sei und einem Verzug unter dem Dawesplan und Zweifel geäußert, ob letztere Kategorie von Verzügen von der Reparationskommission behandelt werden müsse und nicht einer ad hoc erlangten Körperschaft vorzulegen sei.

Eine neue Konferenz in zwei Wochen.

Nach der Chicago Tribune hat Herriot Macdonald vorgeschlagen, auf der Londoner Konferenz die Hauptlinie des Programms zu behandeln und dann den Sachverständigen die Ausarbeitung der Einzelheiten zu übertragen. In etwa zwei Wochen soll dann in Paris die Beschlüsse der Konferenz von neuem zusammenfassen, um die Berichte der Sachverständigen zur Kenntnis zu nehmen und zu ratifizieren.

Italien und die Anleihe für Deutschland.

Über die von der italienischen Delegation auf der Londoner Konferenz vertretene Politik tritt der Korrespondent des Secolo mit, daß diese darauf abzielt, den englisch-französischen Standpunkt hinsichtlich der Aufgabe der Reparationskommission sowie der Teilnahme Deutschlands an den Verhandlungen zu verdrängen. Die italienische Delegation habe von vornherein keinen Einwand gemacht gegen eine Einladung Deutschlands, innerhalb gewisser von der Konferenz genau festgelegter Grenzen über die Ausführung des Dawesplanes zu verhandeln. Realistisch der Anleihe für Deutschland in der Korrespondenz, daß Italien diese Anleihe nicht nur begünstige, sondern auch daran teilzunehmen wünsche, ebenso wie an der Emision der deutschen Industrie- und Eisenbahnobligationen. Die Anleihe müsse auf allen europäischen Märkten aufgelegt werden, und der Anteil, den Italien aufzunehmen bereit sei, dürfe nicht gering eingeschätzt werden.

Berlin wartet ab.

Die Berliner Regierungskreise nehmen der Londoner Konferenz gegenüber eine abwartende Haltung ein. Von den Entscheidungen über die Hinzuziehung Deutschlands wird es abhängen, ob die leitenden Männer des Reichskabinetts, Reichskanzler Dr. Marx und Minister Dr. Stresemann persönlich nach London fahren werden, oder ob man sich damit begnügen wird, lediglich deutsche Sachverständige zu delegieren. Man hält es in den Berliner diplomatischen Kreisen für angebracht, die Tatsache hervorzuheben, daß die Forderungen von den Organisations-Komitees fertig gestellten Vorschläge über die neue deutsche Goldnotenbank, über die Reichsbahnen und die Industrie-Obligationen für Deutschland, annehmbar sind und in ihrer gegenwärtigen Fassung höchstwahrscheinlich die Zustimmung des deutschen Parlaments finden werden. Umso bedauerlicher wäre es, wenn durch politische Schwierigkeiten das Inkrafttreten des Sachverständigen-Gutachtens hinaus verzögert würde. Deutscherseits habe man nach wie vor ein dringendes Interesse an einer möglichst schnellen Lösung und werde daher auch die Unterzeichnung des Schlussprotokolls vornehmen, wenn dieses Protokoll keine Bedingungen enthält, die den grundlegenden Voraussetzungen, unter denen Deutschland den Sachverständigen-Bericht angenommen hat, widersprechen. Zu der Frage der militärischen Räumung des Ruhr- und Sanktionsgebietes wird von den maßgebenden Berliner Regierungskreisen erklärt, daß dieses Problem von der deutschen Regierung nach wie vor als das dringendste bezeichnet werden müsse und daher auf seine Erörterung nicht verzichtet werden könne.

Der Reichsrat

Hiet am Donnerstag eine kurze Sitzung ab, bei deren Eröffnung der Reichsminister Dr. Jarres den neuen württembergischen Reichsrat Dr. Böhrer als Bevollmächtigten zum Reichsrat begrüßte. Der Reichsrat nahm die Mitteilung der Regierung entgegen, daß die Vorschläge über die Arbeitszeit der Arbeiter und Angehörigen als überholt durch die neue Arbeitszeitverordnung zurückgezogen sind. Ein Antrag der Deutschen Ostafrikaner in Hamburg auf Erweiterung der Erlaubnis zur Beförderung von Auswanderern in afrikanische Gebietsteile wurde genehmigt. Der Reichsrat genehmigte ferner den Rotierat für 1924 und die Festsetzung der Steuerfurswerte für die Veranlagung zur Vermögenssteuer 1924. Der Vorschlag über Sölle und Umsatzsteuer wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Eine Resolution der Internationale.

Auf der am 14. Juli in Amsterdam abgehaltenen gemeinsamen Beratung des Büros des Internationalen Gewerkschaftsbundes und des Büros der Sozialistischen Arbeiterinternationale wurde laut Vorworts eine Resolution einstimmig angenommen, in der u. a. erklärt wird, daß die Durchführung des Sachverständigenplanes heute die einzige unmittelbare mögliche Lösung des Reparationsproblems sei. In der Resolution wird ferner die Aufhebung der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes einschließlich Düsseldorf, Mülheim und Duisburg gleichzeitig mit der Aufhebung der ökonomischen Besetzung gefordert. Auch wird verlangt, daß Deutschland zu der Konferenz in London eingeladen werde, sobald endlich anstelle des Systems des Diktats das System der Verhandlungen gleichberechtigter Völker tritt. Schließlich betont die Resolution die Notwendigkeit der unverzüglichen Ratifikation des Abkommens von Washington über den Nichtkubentag in allen Ländern.